

Schleswig-Holsteinischer Landtag

Stenographischer Dienst und Ausschusssdienst

N i e d e r s c h r i f t

Bildungsausschuss

16. WP - 49. Sitzung

am Donnerstag, dem 17. April 2008, 14 Uhr,
in Sitzungszimmer 139 des Landtages

Anwesende Abgeordnete

Sylvia Eisenberg (CDU)

Vorsitzende

Heike Franzen (CDU)

Niclas Herbst (CDU)

Wilfried Wengler (CDU)

Hans Müller (SPD)

Detlef Buder (SPD)

Jürgen Weber (SPD)

Karl-Martin Hentschel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) i. V. von Angelika Birk

Dr. Ekkehard Klug (FDP)

Weitere Abgeordnete

Anke Spoorendonk (SSW)

Fehlende Abgeordnete

Susanne Herold (CDU)

Dr. Henning Höppner (SPD)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

Tagesordnung:	Seite
1. Minderheiten- und Volksgruppenpolitik in der 16. Legislaturperiode (2005 - 2010) - Minderheitenbericht 2007	5
Bericht der Landesregierung Drucksache 16/1730 (überwiesen am 13. Dezember 2007 an den Europaausschuss und den Bildungsausschuss zur abschließenden Beratung)	
2. Prüfung der Jahresrechnung der Hochschulen	6
(auf Antrag des SSW) hierzu: Vorlage des Landesrechnungshofs Umdruck 16/2920	
3. Frauenpolitik in Schleswig-Holstein	7
Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage der Fraktion der SPD Drucksache 16/1829 (neu) (überwiesen am 28. Februar 2008 an den Innen- und Rechtsausschuss , den Sozialausschuss, den Wirtschaftsausschuss und den Bildungsausschuss) hierzu: Umdrucke 16/2929, 16/2943, 16/2947, 16/2948, 16/2952	
4. Ausbau U3 - Krippenfinanzierung	8
Bericht der Landesregierung Drucksache 16/1849 (überwiesen am 29. Februar 2008 an den Bildungsausschuss , den Sozialausschuss und den Finanzausschuss zur abschließenden Beratung)	
5. Bericht des Bildungsministeriums über die schulpolitischen Ergebnisse der 321. Kultusministerkonferenz am 6./7. März 2008 in Berlin	9
6. EVIT-Landesbericht 2007	10
(auf Antrag des SSW)	

7. Religionsunterricht an den Schulen in Schleswig-Holstein 11

Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage der Fraktion der CDU
Drucksache 16/1677

(überwiesen am 22. November 2007 zur abschließenden Beratung)

hierzu: Umdrucke 16/2825, 16/2845, 16/2852, 16/2853, 16/2854, 16/2857
(neu), 16/2862, 16/2873, 16/2910

8. Verschiedenes 12b

Die Vorsitzende, Abg. Eisenberg, eröffnet die Sitzung um 14:05 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

**Minderheiten- und Volksgruppenpolitik in der 16. Legislaturperiode
(2005 - 2010) - Minderheitenbericht 2007**

Bericht der Landesregierung
Drucksache 16/1730

(überwiesen am 13. Dezember 2007 an den **Europaausschuss** und den Bildungsausschuss zur abschließenden Beratung)

Abg. Spoorendonk erwartet, dass es in der Frage der Kosten der Schülerbeförderung zu den dänischen Schulen zu einer Lösung komme.

Der Ausschuss nimmt den Minderheitenbericht abschließend zur Kenntnis.

Punkt 2 der Tagesordnung:

Prüfung der Jahresrechnung der Hochschulen

(auf Antrag des SSW)

hierzu: Vorlage des Landesrechnungshofs
Umdruck 16/2920

Auf eine Frage von Abg. Spoorendonk stellt MDgt Dr. Eggeling klar, Landesregierung, Finanzausschuss und Landesrechnungshof seien sich einig, dass der Rechnungshof die Hochschulen weiterhin als externe Finanzkontrolle im Rahmen von § 111 der Landeshaushaltsordnung prüfe, aber keine Testate der Jahresabschlüsse erteile.

St de Jager weist darauf hin, dass die Satzungen der Hochschulen - also auch die Regelungen zur Prüfung der Jahresrechnung - der Genehmigung durch das Ministerium bedürften.

Abg. Dr. Klug möchte wissen, inwieweit die Verlagerung der Rechnungsprüfung vom Finanzministerium auf die Hochschulen zu Personaleinsparungen im Bereich der Landesregierung geführt habe.

St de Jager macht darauf aufmerksam, dass externe Prüfungen des Jahresabschlusses an außeruniversitären Einrichtungen gang und gäbe seien und nicht zu spektakulären Mehrkosten oder einer überbordenden Bürokratie geführt hätten.

Punkt 3 der Tagesordnung:

Frauenpolitik in Schleswig-Holstein

Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage der Fraktion der SPD
Drucksache 16/1829 (neu)

(überwiesen am 28. Februar 2008 an den **Innen- und Rechtsausschuss**, den
Sozialausschuss, den Wirtschaftsausschuss und den Bildungsausschuss)

hierzu: Umdrucke 16/2929, 16/2943, 16/2947, 16/2948, 16/2952

Hinsichtlich der Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage der SPD-Fraktion **Frauenpolitik in Schleswig-Holstein**, Drucksache 16/1829 (neu) schließt sich der Bildungsausschuss dem vom federführenden Innen- und Rechtsausschuss beschlossenen Anhörungsverfahren an. Er bittet darum, auch die Landeskonzferenz der Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten an Hochschulen in Schleswig-Holstein um eine Stellungnahme zu bitten.

Punkt 4 der Tagesordnung:

Ausbau U3 - Krippenfinanzierung

Bericht der Landesregierung
Drucksache 16/1849

(überwiesen am 29. Februar 2008 an den **Bildungsausschuss**, den Sozialausschuss und den Finanzausschuss zur abschließenden Beratung)

M Erdsiek-Rave berichtet, eine Arbeitsgruppe aus Vertretern der Landesregierung und der Kommunalen Landesverbände erarbeite die rechtlichen Grundlagen, Kriterien und Verfahren zur Umsetzung des Ausbaus von Plätzen für unter Dreijährige in Bezug auf die Investitionen, Betriebskosten, Tagespflege und finanztechnische Abwicklung. Der Entwurf einer Richtlinie zur Förderung von Investitionen befinde sich noch bis zum 30. April 2008 in der Anhörung und solle im Mai in Kraft treten. Den Kreisen und kreisfreien Städten habe man am 5. März 2008 das Investitionsprogramm U3 dargestellt, den Verfügungsrahmen mitgeteilt, den man auf der Basis der Zahlen der unter dreijährigen Kinder berechnet habe, und sie aufgefordert, die für das Jahr 2008 aus ihrer Sicht erforderlichen Mittel zu beantragen; zehn Kreise und kreisfreie Städte hätten bisher geantwortet. Strittig sei die Frage, ob aus den Investitionskosten auch die Abwicklung des Verwaltungsaufwandes für die Kreise gedeckt werden dürfe.

Zusammenfassend stellt die Ministerin fest, dass in allen Kreisen ein erhebliches Interesse am Ausbau vorhanden sei. Viele Gemeinden seien schon konkret in der Planung. Man werde eine ordentliche Dynamik in diesem Bereich bekommen.

Eine Frage von Abg. Dr. Klug beantwortet sie dahin, die Änderung der Kindertagesstättenverordnung bezüglich der altersgemischten Gruppen werde an vielen Orten als erste Maßnahme genutzt, um Plätze für unter Dreijährige zu schaffen. Genauere Entwicklungen werde man in der zum 15. März 2008 erstellten Kinder- und Jugendhilfestatistik ablesen können.

Der Ausschuss nimmt den Bericht der Landesregierung abschließend zur Kenntnis.

Punkt 5 der Tagesordnung:

**Bericht des Bildungsministeriums über die schulpolitischen Ergebnisse
der 321. Kultusministerkonferenz am 6./7. März 2008 in Berlin**

M Erdsiek-Rave erläutert die Qualifizierungsinitiative für Deutschland und die Empfehlungen zu den Ergebnissen von IGLU und PISA 2006 (siehe Pressemitteilung der KMK).

Punkt 6 der Tagesordnung:

EVIT-Landesbericht 2007

(auf Antrag des SSW)

Auf eine Frage von Abg. Spoorendonk antwortet M Erdsiek-Rave, aus der in diesem Jahr laufenden wissenschaftlichen Evaluierung würden sich weitere Änderungen und Verbesserungen ergeben. Der EVIT-Rhythmus werde nicht weiter geöffnet. Die neuen Regional- und Gemeinschaftsschulen würden allerdings in dem Jahr vor und nach ihrer Entstehung keiner Prüfung unterzogen.

Punkt 7 der Tagesordnung:

Religionsunterricht an den Schulen in Schleswig-Holstein

Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage der Fraktion der CDU
Drucksache 16/1677

(überwiesen am 22. November 2007 zur abschließenden Beratung)

hierzu: Umdrucke 16/2825, 16/2845, 16/2852, 16/2853, 16/2854, 16/2857
(neu), 16/2862, 16/2873, 16/2910

Abg. Dr. Klug greift das Anliegen der Nordelbischen Kirche auf und möchte vom Bildungsministerium wissen, inwieweit gerade vor dem Hintergrund der Einführung der Kontingentsturentafel eine Dokumentation und Kontrolle der tatsächlich erteilten Unterrichtsstunden in Religion und anderen Mangelfächern erfolge.

M Erdsiek-Rave entgegnet, die tatsächlich erteilten Unterrichtsstunden würden aus Gründen des Verwaltungsaufwandes nicht erhoben. Allerdings werde eine solche Erhebung im Zuge der Einführung der Bildungsverlaufsanalysen frühestens im Schuljahr 2009/10 möglich sein. Über die Mindeststundenzahl für das Fach Religion im Rahmen der Kontingentsturentafel habe man sich mit den Kirchen verständigt. In der Kapazitätsverordnung für den Zugang zum Referendariat habe man Religion nach wie vor als Mangelfach aufgenommen.

Der Bildungsausschuss nimmt die Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage der CDU-Fraktion zur Kenntnis. Die Vorsitzende hält fest, nun sei es Sache der Fraktionen, aus der Anfrage und der Ausschussanhörung Konsequenzen zu ziehen und parlamentarische Initiativen zu ergreifen.

Punkt 8 der Tagesordnung:

Verschiedenes

- a) Auf eine Frage von Abg. Dr. Klug erwidert M Erdsiek-Rave, der **Erlass zur Förderung von Schülern mit besonderen Lese- und Rechtschreibschwächen** werde zeitnah überarbeitet und in die Anhörung gehen und auch dem Bildungsausschuss zugeleitet werden.
- b) Auf eine weitere Frage von Abg. Dr. Klug teilt die Ministerin mit, die **Ordnung für den Vorbereitungsdienst (OVP)** werde infolge der Bachelor-Master-Struktur an den Hochschulen, der Etablierung der neuen Schulformen Gemeinschafts- und Regionalschule, weitere Änderungen im Schulgesetz und des norddeutschen Benchmarkings überarbeitet. Sobald eine Anhörungsfassung vorliege, werde man sie dem Bildungsausschuss zuleiten. Die Neufassung solle zum 1. August 2009 in Kraft treten.
- c) Schließlich beschließt der Ausschuss die **Sitzungstermine für das zweite Halbjahr** (Umdruck 16/2938 (neu)). Aus aktuellem Anlass appelliert die Vorsitzende an die Ausschussmitglieder, an auswärtigen Sitzungen, die mit vorbereitenden Arbeiten und Kosten verbunden seien, teilzunehmen oder sie rechtzeitig abzusagen.

Die Vorsitzende, Abg. Eisenberg, schließt die Sitzung um 14:45 Uhr.

gez. Sylvia Eisenberg

Vorsitzende

gez. Ole Schmidt

Geschäfts- und Protokollführer